

Müllrebell haben Idee für den ZVO

Eutin/Scharbeutz. Ostholsteins Müllrebell schlagen angesichts der verfahrenen Situation beim Zweckverband Ostholstein (ZVO), der wegen der Kontroverse mit dem privaten Mitgeschafter bei der Abfallentsorgungstochter derzeit keine neue Gebührensatzung aufstellen kann, eine Interims-Satzung vor. Der ZVO sollte die Müllgebühren auf Basis des Jahres 2004 berechnen, gesteigert um den Lebenshaltungskostenindex, heißt es in einer Pressemitteilung des Vereins. „Das wird die Akzeptanz der Bürger treffen, anders als die damalige Erhöhung um 50 Prozent, die die Bürger auf die Palme brachte“, schreibt der Vorsitzende der Müllrebell, der Rechtsanwalt und Kreistagsabgeordnete Martin

Kienitz in einer Pressemitteilung.

Nach seiner Darstellung hat der Mitgeschafter NAD, hinter dem die Unternehmen Nehlsen und Dörner stecken, „im Jahr 2005 nicht nur ein Betriebsvermögen im Wert von 30 Millionen Euro nahezu geschenkt bekommen, sondern darüber hinaus bis heute auch über zwölf Millionen Euro Netto-Gewinne eingefahren“. Kienitz fordert die damals Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen: Den früheren ZVO-Direktor Heiko Suhren ebenso wie Landrat Reinhard Sager (CDU) und den heutigen Kreispräsidenten Ulrich Rüder (CDU).

Kienitz sieht noch weitere Verantwortliche. „Die Kommunalpolitik hat sich im Wesentlichen den jetzt offenliegenden Tatsachen versperret und unsere Bürgerinitiative in die Querulanten-Ecke gestellt“, rechnet er mit den Spitzen von CDU, SPD, FDP und Grünen im Kreistag ab. Der ZVO kann aktuell bei den 67 000 Haushalten im Kreis keine Gebühren für die Müllabfuhr einziehen. *pet*